

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition: Berlin, Alte Jakobstraße Nr. 67.

Redigirt von J. S. u. Hoffmann und J. S. v. Schweizer.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12 1/2 Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. Südd., fl. 1. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreigestaltete Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bunder, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulee; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil.

Mundschau.

Berlin, 29. Mai.

In Deutschland keine wesentliche Veränderung der Lage. Die Congress- oder Conferenz-Einladungen — denn noch immer ist nicht constatirt, ob man es mit einem Congress oder mit einer Conferenz zu thun haben wird — sind, allem Anscheine nach, gestern in Gestalt dreier einzelner aber gleichlautender Schreiben, also nicht in einer einzigen Collectiv-Note, den betreffenden Regierungen zugegangen und zwar sollen sie in Wien, Berlin, Florenz und Frankfurt a. M. (am Bundestag) überreicht worden sein. Nach einem Pariser Telegramm können als Bevollmächtigte „auch“ die Gesandten fungiren, „doch erscheinen von England, Rußland und Preußen wahrscheinlich die dirigirenden Minister.“ In die deutsche Reformfrage, soweit sie die Bundes-Versaffung betrifft, wird keine Einmischung beabsichtigt. Die Fuziehung des Bundes ist aber für erforderlich erachtet, weil durch die venetianische, die Elbherzogthümer- und die Limburger Frage Compensationsvorschlüge, also Territorialveränderungen discutirt werden, die den Bund berühren. Die Vertretung des Bundes wird durch Bayern erwartet, da die deutschen Großmächte im Conflict sind. Die Eröffnung der Conferenz soll durch verzögertes Erscheinen des Bundesbevollmächtigten nicht aufgeschoben werden. — Ueber das Programm des Congresses und die Stellung Frankreichs zu demselben verbreitet sich ein angeblich aus dem Ministerium des Innern stammender Artikel des officiösen „Pays“, indem das Blatt Folgendes vertritt: 1) Seitens Oesterreichs Abtretung Venetiens an Italien; 2) für Oesterreich Territorialentschädigung am Adriatischen Meere (wo? Bosnien?); 3) Einverleibung Schleswig-Holsteins in Preußen; 4) dagegen Rückgabe Nordschleswigs an Dänemark; 5) zwar keine Einmischung in die deutschen Angelegenheiten, aber Berathung über Neuformation der deutschen Machtstellung; 6) natürlich dabei Revision der Verträge, zu deren Complex auch der Vertrag gehört, darauf heute der deutsche Bund sich fundirt; 7) Frankreich will nichts für sich in Anspruch nehmen, aber „könnte es nicht hoffen, daß, während der deutsche Bund sich in aller Freiheit reorganisiert, um bei sich selbst unangenehme Erinnerungen zu tilgen, er (der deutsche Bund) den gegenwärtigen Stand der Dinge in der Weise modificirte, daß der feindselige Character, den die innere Eintheilung seiner (des Bundes) Länder an unseren (Frankreichs) Grenzen von Anfang an in sich trug, gemildert würde?“ Die ministerielle „Nord. Allg. Ztg.“ sagt über die besetzte Territorial-Entschädigung Oesterreichs:

Mit dieser „Entschädigung am Adriatischen Meere“ können wohl nur die vorzigen türkischen Besitzungen

gemeint sein, und so würden wir mit vollen Segeln den Klippen der orientalischen Frage entgegenstehen, falls Oesterreich die Entschädigung annehmen, die Türkei aber nicht gewillt sein sollte, die in Rede stehenden Provinzen freiwillig abzutreten. Legt man übrigens bei dem Begriff der territorialen Entschädigung den Nachdruck auf das Wort „territorial“, so ist das vorgeschlagene Object für Oesterreich sehr günstig. Bosnien, Albanien, Serbien und Montenegro würden dem Kaiserstaat ein Gebiet 3289 Quadrat-Meilen für das Aufgeben von 456 Quadratmeilen in Venetien verschaffen, und auch die Populationsverhältnisse jener Länder sind dem Tausche nicht ungünstig, da Oesterreich in ihnen den Zuwachs von etwa einer Million erhalten würde. Allerdings würde hierdurch der Schwerpunkt Oesterreichs sehr bedeutend nach dem Osten hin verlegt und seine Verbindung mit Deutschland derartig gelockert werden, daß die deutschen Provinzen Oesterreichs sich etwa in der gleichen Weise, wie gegenwärtig Elsaß und Lothringen, zu Deutschland verhalten würden; aber wenn es dem Kaiserstaate nach einigen Generationen gelingen sollte, jene „territorialen Compensationen“ dichter zu bevölkern und sie zu kultiviren, so würde Oesterreich wieder ein sehr mächtiger Staat werden können.

Die Wiener „Östdeutsche Post“ vernimmt, daß alle Gerüchte, nach welchen bei den bevorstehenden Pariser Conferenzen von Seiten der betreffenden Staaten die Minister der auswärtigen Angelegenheiten persönlich erscheinen würden, auf bloßen Vermuthungen beruhen; es würden im Gegentheil die in Paris accreditirten ständigen Votschafter und Gesandten als Bevollmächtigte amtiren. — Nach einem Frankfurter Telegramm soll die Einladung des deutschen Bundes zur Beischiedung des Pariser Congresses wegen der zu behandelnden Bundesreformfrage erfolgt sein, mehrere Regierungen sollen sich jedoch gegen eine solche Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands ausgesprochen haben. Die Frage soll schon in der nächsten Sitzung des Bundestags zur Erörterung kommen. — In Bayern wie in Sachsen ist der Landtag von den betreffenden Monarchen in Person eröffnet worden. Die in München gehaltene Thronrede sagt unter Anderem:

Zwischen zwei mächtigen Gliedern des Deutschen Bundes sind Zerwürfnisse ausgebrochen. Kampfergüßet stehen die Heere einander gegenüber.

Ich war eifrig bemüht, auf Erhaltung des Friedens im Bunde hinzuwirken, dessen Wahrung eben so sehr die Pflicht jeden einzelnen Bundesmitgliedes, wie der Gesamtheit ist.

Noch will ich die Hoffnung nicht aufgeben, daß das Verderben eines Bürgerkrieges von Deutschland abgewendet werde, daß die Lösung der Schleswig-Holsteinischen Frage auf dem Wege des Rechts und eine zeitgemäße Reform des Deutschen Bundes unter Mitwirkung einer nationalen Vertretung unserem großen Vaterlande neuerdings einen dauernden Frieden gebe.

Für alle Fälle muß Bayern in der Lage sein, treu dem Gebote der Pflicht und der Ehre, einzustehen für das Recht des Bundes, für das Interesse der Deutschen Nation und für seine eigene Selbstständigkeit. Darum habe ich die Mobilisirung der Armee angeordnet und den Landtag berufen, um mit dessen Rath und Zusam-

mung geschicklich zu ordnen, was zur Erfüllung jener Aufgaben erforderlich ist.

Die sächsische Thronrede lautet nach telegraphischem Auszuge:

In einer verhängnißvollen Zeit habe ich Sie heute um mich versammelt, wo Verwickelungen zwischen den Deutschen Großmächten, Deutschland mit einem blutigen innern Kampfe bedrohen.

Es konnte nicht die Aufgabe der dabei unbetheiligten Staaten Deutschlands sein, für einen der streitenden Theile Partei zu nehmen und mit denselben Verbindungen einzugehen, sondern nur auf Erhaltung des bundesverfassungsmäßigen Landfriedens hinzuwirken und die Streitfragen auf bundesrechtlichem Wege der Entscheidung zuzuführen. Dieser Aufgabe, die noch jetzt das Ziel meines Strebens bleibt, habe ich mich, in Vereinigung mit mehreren meiner Deutschen Rivalkönigen, Bayern an der Spitze, nach Kräften zu unterziehen gesucht. Dazu war es aber unerlässlich, einige Vorkehrungen zu treffen, um unsere Wehrkraft unverfehrt dem Bunde zur Verfügung stellen zu können.

Wegen dieser Vorkehrungen mit militärischen Maßregeln bedroht, habe ich den Bund in verhältnißlichem und friedlichem Sinne um seine Vermittelung angegangen; aber nunmehr auch zugleich mein Heer unter die Waffen gerufen, um von keinem unvorhergesehenen Angriffe überrastet werden zu können. Denn auch der Mindermächtige würde sich entehren, wenn er unberechtigten Drohungen nicht mit männlichem Muthe entgegenträte. (Beifall.)

Mit rühmlicher Bereitwilligkeit sind Beurlaubte und Kriegsreservisten auf meinen Ruf zu den Fahnen gerückt und mit voller Zuversicht erwarte ich von Ihnen, meine Herren Stände, von Ihrem bewährten patriotischen Sinne, daß Sie den unausschießlichen Verwendungen Ihre Billigung und meiner Regierung diejenigen finanziellen Ermächtigungen ertheilen werden, welche die Lage der Dinge und vor Allem der bedrohte Zustand unseres Handels- und Gewerbestandes erheischt.

Noch ist indeß die Hoffnung einer friedlichen Lösung nicht aufzugeben und meine Bemühungen werden unausgesetzt auf Erreichung eines so heilsamen Zieles gerichtet sein.

Meiner oft bethätigten Ueberzeugung gemäß, werde ich auch mit Freunden bereit sein, zu einer den wahren Bedürfnissen Deutschlands entsprechenden, auf dem Wege des Rechts und unter Theilnahme von Vertretern der Nation in's Leben zu rufenden Reform der Bundesverfassung die Hand zu bieten. (Beifall.)

Das Zustandekommen eines solchen Werkes, für das auch gegenseitige Opfer nicht zu scheuen sind, wird uns am Besten gegen die Rückkehr zu trauriger Verhältnisse schützen.

Stark durch die Liebe und Treue meines Volkes, in dem Bewußtsein, durch keine feindselige Gesinnung herausgefordert zu haben, sondern nur mit Beharrlichkeit für das Recht eines Deutschen Volkstammes und Fürstenthumes eingetreten zu sein, gehe ich getroßt den Wechselfällen des Schicksals entgegen und vertraue auf den Schutz des Allerhöchsten in einer gerechten Sache.

In Bayern sollen Veränderungen im Ministerium bevorstehen. Der Kriegsminister, der Handelsminister und der des Auswärtigen (v. d. Pforsden) sollen um Entlassung eingekommen sein. Ebenso Herr v. Pfistermeister, der Chef des Cabinetsecretariats.

In **Frankreich** hat der Senat den Gesegentwurf wegen Einberufung des Contingents von 100,000 Mann ohne Discussion und einstimmig angenommen, nachdem zuvor die Herren Rouber und Troplong darauf hingewirkt hatten, daß eine Wiederholung der im gesetzgebenden Körper über diesen Gesegentwurf stattgehabten stürmischen Debatten mit Rücksicht auf die gegenwärtige diplomatische Action vermieden werden müßte. — Der „Moniteur“ vom 27. d. Mts. schreibt: „Mehrere ausländische Journale haben behauptet, es existire ein geheimes Verträge zwischen Frankreich, Preußen und Italien, durch welchen Preußen sich im Falle eines Krieges verpflichte die Rheinprovinzen, und Italien die Insel Sardinien an Frankreich abzutreten. Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß diese Behauptungen in allen Punkten falsch sind. Die französische Regierung hat keinerlei Verhandlungen mit auswärtigen Mächten getroffen.“

Bezüglich der **Donaufürstenthümer** Angelegenheit glaubt die „Patrie“ zu wissen, daß Prinz Carl von Hohenzollern, ehe er sich nach Bukarest begab, ein vertrauliches Schreiben an den Kaiser Napoleon gerichtet hat. — Auf der Pariser Börse war am 28. das Gerücht verbreitet, Garibaldi sei an der adriatischen Küste gelandet und ferner wollte man wissen, daß türkische Truppen in die Donaufürstenthümer eingerückt seien. — Die Donaufürstenthümer-Conferenz hat in der Sitzung vom 25. Mai ihren früheren Beschluß wegen Ausschließung eines fremden Fürsten vom Hospodarate im Prinzipie aufrecht erhalten. Der türkische Botschafter, Safvet Pascha hat gegen alles, was in den Donaufürstenthümern vorgefallen, Protest eingelegt und von der Konferenz darüber Bescheinigung erhalten. Die diplomatischen Agenten der Schutzmächte in Bukarest sind angewiesen, zu der neuen Regierung nicht in amtlichen, sondern nur in officiellen Verkehr zu treten. Ferner ist es nicht für zweckdienlich erachtet worden, dem Antrage Folge zu geben, daß den türkischen Truppen die Erlaubniß zur bewaffneten Intervention erteilt werde. — Nach einem anderen Pariser Telegramm hat sich die Konferenz darauf beschränkt, von dem Proteste Act zu nehmen, und nach einer Wiener Depesche vom gestrigen Tage beauftragte die Pforte, in Folge des Resultates der Konferenz, ihre bei den Großmächten beglaubigten Gesandten, die Note bezüglich der Occupation der Fürstenthümer nicht zu überreichen, eventuell dieselbe zurückzuziehen. — Laut telegraphischer Nachricht aus Bukarest ist Fürst Demeiter Ghila am 26. v. M. mit einem Schreiben des Fürsten Carl von Rumänien an den Kaiser von Oesterreich nach Wien abgereist. Die Kammer votirte dem neuen Fürsten eine Civilliste von 100,000 Dukaten; derselbe erklärte, nur das zur Unterhaltung des Fürstlichen Haushaltes Nothwendige annehmen zu wollen. Morgen tritt Fürst Carl die Reise nach der Moldau an. Gerüchte über Verhandlungen zwischen dem Prinzen Carl zu Hohenzollern mit dem Petersburger Hofe wegen der Vermählung desselben mit der Prinzessin von Leuchtenberg bestätigen sich.

Ueber die in **Spanien** entdeckte Verschwörung in Catalonien liest man in der „Epoca“, daß sie weit verzweigter gewesen, als man Anfangs geglaubt hatte und daß sie sich selbst nach Altcastilien und Aragonien erstreckte.

In **Italien** fehlt es vollständig an Vertrauen zur bevorstehenden Conferenz. Der „Gazetta di Torino“ wird aus Florenz geschrieben: „Man glaubt allgemein, der Beginn der Feindseligkeiten könne nicht mehr als 8 bis 10 Tage auf sich warten lassen. Man behauptet sogar, daß bereits das Ultimatum für Oesterreich bereit ist, sowie eine Proclamation des Königs an die Italiener.“ — Die Freiwilligen-Bataillone sind bereits complet und nach einer Bekanntmachung des Ministeriums weitere Einschreibungen vorerst eingestellt. — In Neapel ist ein reactionäres Comité entdeckt worden, welches der Desertion von Soldaten Vorschub leistete. Es haben Verhaftungen stattgefunden.

In den **Niederlanden** ist das neue Kabinett folgendermaßen gebildet: Graf van Zuylen; auswärtige Angelegenheiten; Heemskerk, Inneres; Baron Schimmelpenninck, Finanzen; Myer,

Kolonien; Borret, Justiz; Andraea, Marine. Das Portefeuille des Krieges ist noch unbefetzt.

In **Rußland** haben die Truppen, welche als dort jetzt entbehrlich aus dem Kaukasus nach Orenburg beordert waren, Befehl erhalten, augenblicklich zur Bruth-Armee zu stoßen, die bereits an 80,000 Mann stark sein soll. Die Vorgänge in der Moldau und Walachei nehmen augenblicklich die Aufmerksamkeit unserer Politiker sehr in Anspruch. Wie es heißt, soll der General Variatinski den Befehl über die in der Moldau concentrirten Truppen übernehmen. In Polen wird der Generaladjutant Baron von Korff wahrscheinlich den Oberbefehl erhalten.

Nachrichten aus **Amerika** zufolge, heißt es in Washington, daß Unterhandlungen zwischen bedeutenden amerikanischen Capitalisten und der Französischen Regierung im Gange seien, wornach ersteren fast ganz Unter-Californien, zum Zweck der Ausbeutung seiner reichen mineralischen Hilfsquellen, gegen eine große Summe überlassen werden soll. Der mexicanische Gesandte soll schon über eine Million als Abschlagszahlung erhalten haben.

Der Kampf **Brasilens** und seiner Verbündeten gegen Paraguay ist in eine entschiedenere Phase getreten. Nachrichten aus Rio de Janeiro wenigstens melden: „Am 16. April wurden 10,000 Mann brasilianischer Truppen auf das linke Ufer des Paraguay übergesetzt. Am folgenden Tage fand ein Kampf statt, in welchem die Paragayten geschlagen wurden. Dieselben verließen darauf Itaipira und die Batterien des Parana. Die Allirten vollendeten den Uebergang über den Fluß am 17. und 18. April. Lopez hat sein Lager angezündet und den Rückzug angetreten.“

Glauchon, 26. Mai. [Volksversammlung.] In einer heute stattgehabten von Arbeitervereinen berufenen großen Volksversammlung wurde erklärt: „Das Zusammengehen mit Preußen ist ein Lebensinteresse der Sächsischen Industrie. Es ist wünschenswerth, daß ein Deutsches Parlament zusammentritt.“

Vereins-Heil.

(Schluß des Artikels in Angelegenheiten des Allg. deutsch. Arb.-Vereins.)

Wenn wir die Unordnungen und Zerwürfnisse, welche seit etwa anderthalb Jahren im Allgemeinen deutschen Arbeiter-Verein vorgekommen sind, ins Auge fassen, fällt uns ein auf den ersten Blick sehr betrübender Umstand auf: die Charakterunzuverlässigkeit vieler Arbeiter, welche gerade von ihren Genossen mit besonderem Vertrauen beehrt wurden. Wir haben während der Zeit, in welcher die Hagfeld'schen Intriguen dem jedesmaligen Präsidium Schwierigkeiten bereiteten, wiederholt die Erscheinung hervorgerufen sehen, daß Bevollmächtigte oder Vorstandsmitglieder, also Leute, welche ein besonderes Vertrauen genossen, am einen Tage noch eifrige Anhänger des Präsidiums waren, am nächsten Tage schon in das Hagfeld'sche Lager übergingen. Wir haben es auch in der allerletzten Zeit erlebt — und es ist durch veröffentlichte Briefe constatirt worden — daß Leute von heute auf morgen ihre Haltung geändert haben. Was auch immer die Beweggründe solchen plötzlichen Umschlagens in der Haltung sein mögen — auf die Bezeichnung als unzuverlässige Charaktere haben Leute solcher Art keinen Anspruch.

Wir sagen: Diese Erscheinung ist auf den ersten Blick sehr betrübend. Sicherlich! Aber auch nur auf den ersten Blick!

Man könnte nämlich im ersten Augenblick geneigt sein, aus jener Erscheinung zu folgern, daß der Arbeiterstand nicht die zu einer großen und nachhaltigen Bewegung erforderlichen zuverlässigen Charaktere in seinem Schooße habe. Allein diese Folgerung würde eine entschieden falsche sein und es freut uns, hervorheben zu können, woraus eigentlich jene Erscheinung sich erklärt, warum sie eine verzeihliche, ja fast eine nothwendige war.

Die Arbeiterbewegung in Deutschland ist eine vergleichungsweise junge; die erforderliche Uebung im politischen Leben mußte daher den Arbeitern vielfach fehlen. So kam es, daß sie ein allzu-

großes Gewicht auf die Fähigkeit des öffentlichen Redens, ein allzugerings Gewicht auf die Zuverlässigkeit des Characters legten. Ja, man muß sagen, daß für die Zuverlässigkeit des Characters überhaupt ein sicheres Merkmal von vornherein nicht da war; erst im Verlauf der Agitation selbst konnte sich erweisen, wer unter allen Umständen fest und sicher in der einmal ergriffenen Haltung anbarre. Dafür liegen jetzt genug Anhaltspunkte vor und wir sind überzeugt, daß die Mitglieder des Allg. deutsch. Arb.-Vereins in Zukunft, wenn sie Bevollmächtigte, Vorstandsmglieder, Delegirte oder sonstige Vertrauensmänner zu wählen haben, nicht mehr, wie bisher vielfach geschehen ist, vorzugsweise auf die allerdings schätzenswerthe Befähigung zum öffentlichen Reden Gewicht legen, sondern vor Allem die Art und Weise des Characters eines Mannes berücksichtigen.

Was nun für uns noth thut, läßt sich in nachstehende drei Punkte kurz zusammenfassen:

1) Es muß auf der bevorstehenden Generalversammlung gelingen, ein für allemal den beständigen Unordnungen, Intriguen und gegenseitigen Verleugungen und Beschimpfungen ein Ende zu machen. Wenn der Allg. deutsch. Arb.-Verein nicht erkannt hat, daß er durch die rücksichtslosen, beständig in der Oeffentlichkeit geführten Streitigkeiten und Zänkereien sich in der Achtung der politischen Welt selbst herabgesetzt hat und daß daher diesem Zustand ein jedes Preis ein Ende gemacht werden muß — wenn dies nicht alle Mitglieder des Allg. deutsch. Arb.-Vereins, die es edelich meinen, eingesehen haben, so ist nicht zu helfen. Hat man es aber allgemein eingesehen, so muß man durchgreifend dem Unwesen ein für allemal ein Ende machen.

2) Das Präsidium muß in kräftige und zuverlässige Hände gelegt werden. Wir haben zu diesem Zweck Herrn Perl vorgeschlagen. Hat die Majorität für ihn entschieden, so hat jeder sich zu fügen, beziehungsweise, wenn er sich nicht fügen will, seine Beschwerden auf dem ordnungsmäßigen, durch die Statuten vorgeschriebenen Wege anzubringen. Oeffentliche Streitigkeiten dürfen in der bisherigen Weise nicht fortgeführt werden. Wir sind von dem gesunden Sinne der Arbeiter überzeugt, daß sie hiermit einverstanden sind. Allein angenommen, sie seien, wider Erwarten, hiermit nicht einverstanden, so würde dennoch die Redaction dieses Blattes unter keinen Umständen mehr dasselbe zu unwürdigen Zänkereien hergeben. Wir haben dieses Blatt gegründet, um die Prinzipien unserer Sache zu verfechten und dieser Sache nach besten Kräften zu nützen, nicht aber, um Schimpfereien und widerliche Streitigkeiten darin breitzutreten. Wir haben es gegründet, um die Sache der Arbeiter in würdiger Weise zu vertreten, nicht aber um diese Sache und damit uns selbst lächerlich und verächtlich zu machen.

3) Es muß eine Kassenverwaltung und Kassencontrole eingeführt werden, welche durch strengste und gewissenhafteste Handhabung sich das allgemeine Vertrauen erwerben. Ist dieses Vertrauen hergestellt, so hat jeder der Centralkasse gegenüber auf's Pünktlichste seinen Verbindlichkeiten nachzukommen, wenn er nicht für ein schlechtes Parteimitglied gelten will.

Ist das Präsidium in kräftiger Hand, genießt die Kassenverwaltung Vertrauen und sind die Streitigkeiten zu Ende, so werden wir wieder vorwärts kommen — anders nicht.

Von der kommenden Generalversammlung hängt Alles ab. Sehen wir hin in dem Bewußtsein, daß wohl keiner von uns ohne Fehler ist, und denken wir weniger daran, uns begangene Fehler vorzuwerfen, als vielmehr daran, wie wir zur Ehre und zum Heil unserer Sache die Dinge bessern können.

Denken wir an unsere politische und sociale Aufgabe, lassen wir unsere Herzen von dem Gedanken an sie erfüllt werden, raffen wir uns auf zu einer politischen That und mit allmächtiger Gewalt wird der Strom der Begeisterung über alle die kleinen Klippen gegenseitiger Zwistigkeiten stolz dahingehen.

Wir müssen uns wieder als einheitliche socialpolitische Partei durch ganz Deutschland fühlen —